



Pressemitteilung v. 27.06.2024

Expertise statt Herkunft! Das Partizipationsgesetz wird keine Menschen mit Migrationsgeschichte bevorzugen, sondern gesellschaftliche Realität abbilden

*Das im Koalitionsvertrag erwähnte Bundespartizipationsgesetz ist im öffentlichen Gespräch. Die größte Aufregung: Menschen mit Migrationsgeschichte den Zugang zu höheren Positionen in der öffentlichen Verwaltung durch verbindliche Zielgrößen zu ermöglichen. Die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) sieht in dem Gesetz eine Chance, gesellschaftliche Realitäten in öffentlichen Strukturen adäquat abzubilden und die Kompetenzen in der Verwaltung zu erhöhen. Sie ruft zu einer Versachlichung der medialen und politischen Debatte auf.*

„Es ist ein Märchen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte durch eine Diversitätsstrategie im öffentlichen Dienst ohne Prüfung ihrer beruflichen Eignung bevorzugt werden sollen“, sagt Karen Taylor, Sprecherin der BKMO. „Die derzeitige mangelnde Repräsentanz liegt nicht am Mangel an Qualifikation und Eignung, sondern am fehlenden Willen. Ein Bundespartizipationsgesetz wird die Verwaltung besser und kompetenter machen. Denn es soll gerade nicht um Bevorzugung aufgrund von Herkunft gehen, sondern es sollen bestehende Benachteiligungen abgebaut werden, die verhindern, dass bestimmte Gruppen von Menschen mit gleicher oder womöglich besserer Expertise überhaupt im öffentlichen Dienst arbeiten.“

Zudem belegen Studien, dass Vielfalt die Produktivität am Arbeitsplatz erhöht. Karen Taylor ergänzt: „Genauso wichtig ist, dass 29 Prozent der Bevölkerung, nämlich die mit Migrationsgeschichte, derzeit nicht adäquat in der Verwaltung repräsentiert sind und der Verwaltung somit viele Perspektiven und Erfahrungswerte fehlen. Das gilt es nun mit einem Bundespartizipationsgesetz auszugleichen, damit auch unsere öffentlichen Strukturen die Gesellschaft abbilden und dadurch zukunftsfähig arbeiten können.“

29% der Menschen in Deutschland haben Migrationsgeschichte und brauchen eine Stimme: Die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) ist ein Zusammenschluss von über 70 Migrant*innenorganisationen mit dem bundespolitischen Anspruch, als Ansprechpartner von Bundestag und Bundesregierung politische Impulse zu setzen und zu einer zukunftsgewandten, alle umfassenden und teilhabeorientierten Politik beizutragen. www.bundeskonferenz-mo.de

Der Vertreter*innenrat der BKMO

Michael AlliMadi, Panafrikanische Organisation | Dr. Rubén Cárdenas Carbajal, Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst) | Ehsan Djafari, Iranische Gemeinde in Deutschland | Adetoun Küppers-Adebisi, AFROTAK TV cyberNomads | Mamad Mohamad, Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen in Sachsen-Anhalt (LAMSA) | Marianne Ballé Moudoumbou, Pan African Women's Empowerment and Liberation Organisation – PAWLO Masoso Germany | Galina Ortmann, Bundesverband interkultureller Frauen (BIFeV) | Nursemin Sönmez, neue deutsche Organisationen | Anastasia Sudzilovskaya, Bundesverband russischsprachiger Eltern (BVRE) | Karen Taylor, Each One Teach One (EOTO)

Pressekontakt: info@bk-mo.de | 0157 5429 4529